

Elbkurier

Das offizielle Informationsblatt **CDU Kreisverband Magdeburg**

Seite 2

Wachstum durch neue Unternehmen

Seite 4

Verluste bei der Kultur - nicht hinnehmbar!

Seite 6

Kandidaten der 10 Kommunalwahlkreise

Seite 8

Einweihung Bürgerdenkmal

Seite 11

Ein modernes Einkommensteuerrecht

Seite 14

Impressionen vom CDU-Ball 2003

Mit 77 Kandidaten in einen offensiven Kommunalwahlkampf



Eva-Maria Wybrands, MdL bewirbt sich um einen Sitz im europäischen Parlament.

Der CDU-Kreisverband Magdeburg will bei den nächsten Kommunalwahlen an die Erfolge von 1999 anknüpfen, als die CDU erstmals stärkste politische Kraft in Magdeburg wurde. Kreisvorsitzender Jürgen Scharf, MdL nannte bei der Gesamtmitgliederversammlung am 15.11. im Ramada-Hotel als Zielmarke: "Unser Wahlziel heißt 30 Prozent plus X". Die CDU habe den Anspruch, Politik für die Menschen zu gestalten und suche dafür Mehrheiten zu gewinnen. Angesichts der schwierigen Großwetterlage Deutschlands, sei die CDU aufgeru-

fen, wichtige Entscheidungen in Bund, Land und Stadt zu treffen.

Die programmatischen Grundlagen für den Kommunalwahlkampf erarbeitet derzeit eine Kommission unter Leitung von Fraktionschef Reinhard Stern. Im März nächsten Jahres sollen die Ergebnisse dieser Arbeit vorgestellt und zur Abstimmung gestellt werden.

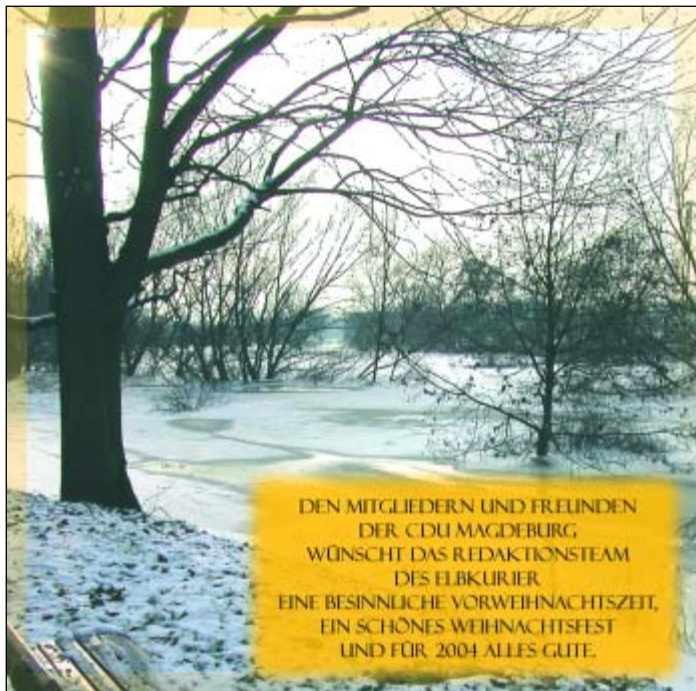
Kernpunkt des Kreisparteitages waren jedoch die Wahlen zur Aufstellung von insgesamt 77 Kandidatinnen und Kandidaten für den Stadtrat (Wahlergebnisse Seite 6). Tagungspräsident Rainer Nitsche führte die Veranstaltung mit juristischer Sorgfalt und großer Ruhe durch alle Klippen der Satzung und des Kommunalwahlrechts.

Daneben stellte sich der Kreisparteitag einmütig hinter den Vorschlag des CDU-Kreisvorstandes vom 21.10., die Magdeburger Landtagsabgeordnete Eva-Maria Wybrands zur Wahl in das Europäische Parlament vorzuschlagen. Frau Wybrands errang im Jahr 2002 das Direktmandat für die CDU im Landtagswahlkreis Magdeburg 10. Im Landtag leistet sie eine sehr engagierte Arbeit als Vorsitzende des Arbeitskreises Bundes- und Europaangelegenheiten. Seit Jahren engagiert sie sich für das Zusam-

menwachsen der europäischen Staaten und hat sich in die Fragen der europäischen Politik sehr gut eingearbeitet. Daneben ist sie auch langjährige Landesvorsitzende der Frauen-Union Sachsen-Anhalt.

Kreisvorsitzender Scharf äußerte die Erwartung, dass Eva-Maria Wybrands die Interessen Sachsen-Anhalts kompetent in Brüssel vertreten könnte. Die Entscheidung über die Nominierung der Kandidaten für die Europawahl trifft eine Delegiertenversammlung des CDU-Landesverbandes am 20. Januar. Die Europawahlen finden voraussichtlich gleichzeitig mit den Kommunalwahlen am 13.06.2004 statt.

Im Hinblick auf die laufenden Reformbemühungen auf Bundesebene vermisste Kreisvorsitzender Jürgen Scharf in seiner Begrüßungsrede eine klare Perspektive für den Aufbau Ost. Die Umlenkung von 100 Mio. Euro aus der Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur von Ost nach West zeige, dass die rot-grüne Bundesregierung die besondere Lage des Arbeitsmarktes im Osten aus dem Blick verliere. Scharf verlangte von der Bundesregierung, den Aufbau Ost zu sichern und die notwendigen Transferleistungen für den Osten zu erhalten.



IHK-Präsident Dr. Klaus Hieckmann im Interview

Elbkurier: Herr Dr. Hieckmann, die bedrückende Arbeitslosigkeit in Sachsen-Anhalt hält sich auch 14 Jahre nach der Wende bei knapp 20 Prozent. Die Unterbeschäftigung ist noch viel höher. Zahlreiche junge Menschen verlassen ihre Heimat und ziehen Richtung Westen, weil sie hier vor Ort keine Perspektive sehen. Ist der Aufbau Ost gescheitert?

Dr. Hieckmann: Nein! Mit diesen Zahlen lässt sich das nicht begründen.

Elbkurier: Warum?

Dr. Hieckmann: Die Zahlen sind dramatisch, aber wir alle hatten 1989 zu hohe Erwartungen. Die neuen Länder haben einen beispiellosen Umstrukturierungsprozess durchgemacht. Über Nacht haben ca. 60 Tausend Menschen alleine im Schwermaschinenbau in der Region Magdeburg ihre Arbeit verloren. Sachsen-Anhalt hatte mit der Chemie, dem Maschinenbau und dem Bergbau die ausgeprägtesten Monostrukturen zu bewältigen. Das unterscheidet uns auch von Sachsen und Thüringen, wo immer eine stärkere Kleinteiligkeit bestand. Wir hatten die "großen Klopfer" und waren dadurch strukturell im Nachteil.

Elbkurier: Was bedeutet das heute für Sachsen-Anhalt?

Dr. Hieckmann: Dass wir mitten in dem Aufbauprozess stecken - mehr nicht! Die Menschen neigen zum Vergessen, da ist es gut, sich ab und zu an die Ausgangslage zu erinnern. Wir haben grandiose Veränderungen im Arbeitsumfeld, in der Freizeit, im Konsum und Mobilität erlebt; die Gesichter der Städte haben sich grundlegend verändert...schauen Sie sich unser schönes Magdeburg an.

Elbkurier: ...und trotzdem sind die Menschen unzufrieden!?

Dr. Hieckmann: Ja. Das Hauptproblem sind die uns noch fehlenden vielen Arbeitsplätze. Und dennoch sehe ich blühende Landschaften!

Elbkurier: Das erinnert an Altkanzler Helmut Kohl...

Dr. Hieckmann: Richtig. Ich war mit ihm in Indonesien und habe seine Sicht der Dinge verstanden. Ich meine, wir sollten trotz aller noch



bestehenden Probleme nicht die Augen vor den Erfolgen verschließen. Allerdings darf unser Maßstab nicht Hamburg oder München sein, sondern Sachsen und Thüringen und eine kontinuierliche Verbesserung. Wir müssen realistisch bleiben.

Elbkurier: Was heißt das?

Dr. Hieckmann: Wir sollten solide Machbares uns vornehmen und in der stetigen Weiterentwicklung unseres Landes unsere Perspektive sehen.

Elbkurier: Das klingt sehr vorsichtig?

Dr. Hieckmann: Wir haben in Sachsen-Anhalt noch unendlich viele Probleme und Aufgaben im Detail zu lösen, das ist klar. Aber unser Kardinalproblem ist: Wir haben zu wenig Unternehmen! Deshalb ist es die Hauptaufgabe der Politik, gemeinsam mit Wirtschaft und Verbänden, dieses Defizit zu beheben.

Elbkurier: Wo sehen Sie dazu die richtigen Ansatzpunkte?

Dr. Hieckmann: Dazu brauchen wir Wachstum. Und dieses Wachstum erreichen wir durch drei Dinge: Durch den Erhalt bestehender, erhaltenswerter Unternehmen und deren Expansion, durch die weltweite Gewinnung neuer Unternehmen und durch Existenzgründungen und Ausgründungen aus den Hochschulen.

Elbkurier: Aber gerade die Hochschulabsolventen verlassen in

schließen. Dann gibt es Perspektiven - sonst nicht!

Elbkurier: Welche Rolle muss dabei die Landesregierung spielen?

Dr. Hieckmann: Wir brauchen eine enge Zusammenarbeit von Wirtschaft und Landesregierung. Hier sehe ich eindeutig positive Ansätze bei der neuen Landesregierung. Ich erkenne als Parteiloser, dass die CDU/FDP-Landesregierung mit den zwei Investitionserleichterungsgesetzen, mit den Vorbereitungen zur Schaffung einer Investitionsbank, mit den Bemühungen zur Senkung der Nebenkosten usw. klare Signale in Richtung Wirtschaft sendet.

Elbkurier: Sind das mehr psychologische Aspekte oder haben diese Aktivitäten auch objektiv die Lage der Wirtschaft verbessert?

Dr. Hieckmann: Beides! Diese Initiativen der Regierung beeinflussen die mentale Wahrnehmung der Unternehmen - der Unternehmer findet Anerkennung. Aber sie bringen auch faktische Erleichterungen. Allerdings sind die objektiven Problemlagen der Unternehmen so hart, dass keine kurzfristigen Erfolge zu erwarten sind. So gesehen muss man die Erfolge der Landesregierung relativieren.

Elbkurier: Was müsste die Landesregierung tun?

Fortsetzung Seite 3



“Wir brauchen Wachstum durch neue Unternehmen”



IHK Präsident Hieckmann fordert Wirtschaft und Politik auf, gemeinsam die Märkte der Welt zu erobern. Hier im Gespräch mit Wilfried Köhler (li.)
Fotos: Birgit Uebe

Dr. Hieckmann: Wir haben in unserer Region viel mehr an Produkten und Leistungen zu bieten als die Welt weiß. Hier muss angesetzt werden. Die Entscheidung von Wirtschaftsminister Rehberger, mit Herrn Bohn einen Ansiedlungsbeauftragten zu benennen, ist richtig, aber was kann hier ein Mann bewegen? Wir brauchen ein tatkräftiges Team und zusätzlich viele freie Mitarbeiter, die weltweit Akquisition betreiben. Wir müssen unsere Präsenz in der Welt verstärken, potenzielle Investoren gezielt ansprechen. Dazu brauchen wir Fachleute, die Sprachen beherrschen. Leider haben wir in Englisch Defizite.

Elbkurier: Ministerpräsident Böhmer war doch zuletzt viel im Ausland unterwegs. Ist das ein Ansatz?

Dr. Hieckmann: Politik und Wirtschaft müssen gemeinsam auf die Märkte der Welt. Wenn der Ministerpräsident ins Ausland kommt, stellt er überall erstaunt fest, dass andere Bundesländer längst schon da waren. Uns erstaunt das nicht. Aber unsere jahrelange Aufforderung, hier mehr, viel mehr zu tun, wurde leider nicht mit der notwendigen Ernsthaftigkeit bedacht.

Elbkurier: Daraus höre ich durchaus kritische Töne?!

Dr. Hieckmann: Ja, weil die Zeit gegen uns arbeitet. Im Mai 2004 kommen 10 neue Länder in die EU. Wie präsent sind wir? Unzureichend!

Der Markt ist vor der Tür. Wenn ich mir den Haushalt für 2004 ansehe, dann kann ich nicht zufrieden sein. Die Investitionsquote sinkt, die Verschuldung steigt. Wir müssen in die Zukunft des Landes investieren. Als wir bereits vor Jahren Gleiches angemahnt haben, unterstützte uns die jetzige Landesregierung...

Elbkurier: Welche Akzente würden Sie setzen?

Dr. Hieckmann: Alle Kraft auf Investorengewinnung! Weiterhin brauchen wir unternehmensnahe Forschung, die zu innovativen Produkten führt, die sich auf den Märkten der Welt verkaufen lassen. Dazu hat die Region Magdeburg eine hervorragende Ausgangslage. Wir haben leistungsfähige Hochschulen und weitere wichtige Forschungseinrichtungen.

Dr. Klaus Hieckmann

04.10. 1945 in Halberstadt geboren, verheiratet, ein Sohn, parteilos

- 1952-1964 Schulbesuch mit Abschluss Abitur
- 1964-1965 Lehre als Dreher, Facharbeiterabschluss
- 1965-1970 Studium an der Technischen Hochschule "Otto von Guericke" Magdeburg, Diplomingenieur
- 1970-1973 Forschungsstudium an der TH auf dem Gebiet der Umformtechnik, Doktor-Ingenieur
- 1973-1993 Forschung Entwicklung und Rationalisierung Ingenieurgesellschaft für Automatisierung
- 1993-jetzt Durchführung eines Managements buy out (MBO) und Kauf des Unternehmens FER von der Treuhand Geschäftsführender Gesellschafter

Ehrenämter: -Präsident der Industrie- und Handelskammer Magdeburg
-Vorstandsmitglied im Deutschen Industrie- und Handelstag
-Präsident der Kammerunion Elbe/Oder
-Mitglied des Engeren Vorstandes im Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbauer u.v.m.

tungen. Die IHK ist bereit, hier als Katalysator zu fungieren, um die Partner zueinander zu bringen.

Elbkurier: Was kann die Stadt Magdeburg tun, um sich im Wettbewerb besser als bisher zu platzieren?

Dr. Hieckmann: Die Stadt muss sich mit der Region verbünden und nach außen als Einheit auftreten. Wer kennt schon Osterweddingen oder Barleben? Viele kennen noch nicht mal Magdeburg, da kann nicht jeder für sich marschieren. Das, was wir zu bieten haben, muss professionell vermarktet werden.

Elbkurier: Und die Infrastruktur?

Dr. Hieckmann: Die Region Magdeburg bekommt die Verlängerung der A 14, der Saale-Ausbau wäre wichtig und andere Maßnahmen auch - aber, um es noch einmal zu sagen, mehr Unternehmen - höchste Priorität! Diesen Schwerpunkt finde ich unerlässlich. Und sie braucht auch weiter das Engagement der Unternehmer bei der Ausbildung. Wir hatten mit 4.244 Ausbildungsverträgen im Kammerbezirk einen Anstieg gegenüber 2002. Dafür haben sich die Unternehmen ein großes Lob verdient. Genauso das Ehrenamt, hier wird Großartiges geleistet! Alleine in diesem Jahr wurden 7040 Auszubildende geprüft - von Ehrenamtlichen. Dieses Ehrenamt ist ungeheuer wichtig für unser Land und die Zukunft unserer Jugend.

Elbkurier: Herr Hieckmann, herzlichen Dank für dieses Gespräch und für ihre ehrenamtliche Tätigkeit als Präsident der IHK Magdeburg alles Gute.

Renten kürzung bei Ausbildung stoppen

Für die Union ist die von Rot/Grün ab 2005 mit einer dreijährigen Übergangsfrist vorgesehene Abschaffung der Anrechnungszeiten für Schule und Studium bei der Rente völlig inakzeptabel. Diese Änderung führt für alle unter 60-jährigen Versicherten mit einer dreijährigen Schulausbildung zu einer monatlichen Rentenminderung von bis zu 58,80 Euro. Das entspricht einer Rentenkürzung von 5%. Es ist bildungspolitisch mehr als fragwürdig, wenn derjenige abgestraft wird, der in seine schulische Ausbildung investiert. Das führt zu einer einseitigen Benachteiligung der Betroffenen gegenüber Versicherten, die eine Lehrstelle finden und eine berufliche Ausbildung absolvieren. Diese sollen nach den Plänen der Bundesregierung weiter - von der sozialpolitisch sicher richtigen - Höherbewertung ihrer regelmäßig geringen Verdienste auf bis zu 75% des Durchschnittsverdienstes profitieren. Diese von Rot/Grün vorgesehene Unterscheidung zwischen schulischer und beruflicher Ausbildung bei der Rente ist nicht nachvollziehbar.

Nur mit hochproduktiven Arbeitsplätzen ist das Rentensystem überhaupt finanzierbar. Es ist das falsche Signal, jetzt diejenigen zu bestrafen, die mit persönlichen Bildungsinvestitionen für die langfristige Leistungsfähigkeit des Rentensystems sorgen.

Bernd Heynemann, MdB

Impressum

Herausgeber:

CDU-Kreisvorstand Magdeburg
39104 Magdeburg

Hegelstraße 23

Redaktion:

Wilfried Köhler

Layout/Satz:

Birgit Uebe, Medien- und Fotografiedesign

Druck:

Harzdruckerei Wernigerode

Hochschulstrukturplanung mit Übersicht und Weitblick

Die in der vorherigen Ausgabe des Elbkuriers (Heft 3/2003) gemachten Aussagen zur aktuellen Hochschulstrukturpolitik der Landesregierung erfordern grundsätzliche Klarstellung und inhaltliche Korrektur.

Die Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen werden den Hochschulen unseres Landes eine sichere Entwicklungsperspektive geben. Ziel muss es sein, die Kernkompetenzen unserer Hochschulen zu stärken und gleichzeitig mit weniger Landesgeld als bisher auszukommen. Allein aus dieser Grundvoraussetzung ergibt sich, dass der Umbau der Hochschulstrukturen auch Abbau im Einzelfall bedeuten muss. Gegen diesen Grundgedanken lohnt es nicht, mit Lärm anzugehen und fehlgegriffenem Wortschatz anzuschreien.

Die Landesregierung handelt nicht willkürlich und verletzt nicht die Autonomie der Hochschulen. "Autonomie" verlangt durchaus Regeln. Sie ist nicht losgelöst von jeglichen Bindungen in inhaltlicher und vor allen Dingen rechtlicher Hinsicht. Wer meint, "Autonomie" so verstehen zu sollen, dass damit eine unbeschränkte Freiheit für die Hochschulen und ihre Angehörigen in sämtlichen hochschulrelevanten Angelegenheiten verbunden sei, der sucht bewusst oder unbewusst die Nähe zu linker, anti-staatlicher Sozialrevo-

lutionär-Romantik. Die Hochschulreform braucht in den Bestimmungen, die über den Regelungsbereich der jeweiligen Hochschule hinausgehen oder direkte Auswirkungen auf andere Hochschulen in Sachsen-Anhalt haben, Lenkungsmöglichkeiten des Landtages und der Landesregierung.

Diese Reform wird nun von Kultusminister Prof. Olbertz mit vollem persönlichen Einsatz und mit Zielstrebigkeit angegangen. Sie erfolgt in kontinuierlicher Abstimmung mit den Rektoren der Hochschulen, die frühzeitig durch die Mitarbeit in der Benz-Kommission eingebunden waren und auch in Zukunft bleiben. Die Hochschulen sind zum jetzigen Zeitpunkt aufgerufen, bis zum Jahresende ihrerseits - autonom - Vorschläge zu unterbreiten, wie sie die jetzt in der Kabinettsvorlage zur Hochschulstruktur getroffenen Maßgaben umsetzen und verwirklichen wollen. Die Ziele der Reform sind klar definiert:

- Bildung von Profilen an den Hochschulen, Fakultäten und Fachbereichen
- Abbau von Doppelstrukturen
- Anpassung der Ausbildungskapazitäten an die mittelfristige Entwicklung.

Für alle Beteiligten ist klar, dass die neue Hochschulstruktur bis zum Jahr 2009 erreicht werden wird. Mit hin werden die neuen Zielvereinba-



lungen ab dem Jahr 2006, deren Formulierung unter maßgeblicher Beteiligung der Hochschulen im kommenden Jahr bereits beginnen wird, entscheidenden Einfluss auf die Zielerreichung haben. Die Möglichkeiten der Hochschulen, auf den gesamten Prozess der Hochschulstrukturreform einzuwirken, sind somit auch perspektivisch gegeben. Man erkennt bereits jetzt die langfristige Dimension und den Wirkungsgrad der Olbertzschen Reform. Ihre Notwendigkeit wird auch von niemandem bestritten. Dafür, diese Aufgabe anzugehen, gebührt jedem Respekt und Anerkennung, dem Minister allemal.

Klar ist auch, dass auf diesem Weg nicht alles kritiklos und ohne Reibungen ablaufen kann. Etwas anderes hätte tatsächlich den Geruch des Totalitären an sich.

An diesem Prozess ist auch die CDU-Landtagsfraktion beteiligt. Als

deren Vorsitzender möchte ich an dieser Stelle betonen, dass wir auch in Zukunft unsere Aufgabe als Kontrolleur des exekutiven Handelns wahrnehmen werden. In das Gesetz zur Hochschulstruktur wird deshalb ein Passus aufgenommen werden, der den Einfluss des Ausschusses für Bildung und Wissenschaft auf die Entscheidungen des Kultusministeriums unzweifelhaft sicherstellt. Der Hoffnung auf den "Mut und die Klugheit der Abgeordneten" wird damit Rechnung getragen.

Die gesamte Reform der Hochschulstrukturen unterliegt durchaus einem gewissen Zeitdruck. Deshalb ist das Tempo und die Art und Weise, mit der der Kultusminister die öffentliche und nichtöffentliche Diskussion führt, durchaus angemessen. Der Vorwurf der Planwirtschaft greift allerdings ins Leere. Es handelt sich nicht um eine "sozialistische Kommandowirtschaft", sondern tatsächlich um einen weit gesteckten Plan, der Überblick und Weitsicht beinhaltet. In diesen Planungsprozess ist auch der CDU-Kreisverband Magdeburg insbesondere über seinen Gesprächskreis Wissenschaft durch Veranstaltungen und Gespräche einbezogen. Übrigens hat der Kultusminister inzwischen ein Gespräch mit dem RCDS geführt - ganz friedlich, wie mir berichtet wurde.

*Kreisvorsitzender
Jürgen Scharf, MdL*

Verluste beim Faktor Kultur sind nicht hinnehmbar

Kultur ist ebenso wie medizinische Leistungen unmittelbar an die Menschen gebunden, es geht nicht um eine isolierte Forschung, sondern um ein Wirken zum Wohle der breiten Bevölkerung.

Kultur steht für eine positive Bindung an die Region und schafft Identität und Lebensqualität. Die sog. "weichen Standortfaktoren" definieren sich wesentlich über Kultur.

Wieviel Kultur braucht die Landeshauptstadt?

Der Kultusminister Prof. Dr. Olbertz (parteilos) meint, übermittelt durch die AG Hochschulstruktur um Dr. Benz in der Endfassung des Berichtes vom 10. Juli 2003 (Seite 15 unter "Musik"): "Für die Kulturszene sind

nach Auffassung des Ministers die Telemann-Gesellschaft und das Konservatorium bedeutsamer als das Institut für Musik. Der Minister sieht Möglichkeiten, die Verlagerung der gesamten Musikausbildung von Magdeburg nach Halle durch kompensatorische Maßnahmen auszugleichen. Er ist in diese Richtung bereits aktiv geworden". Da sich das Kultusministerium häufig auf das sog. "Benz-Papier" bezieht und als Feigenblatt nutzt, möchte ich darauf hinweisen, dass Prof. Benz in diesem Papier keine eigenen Überlegungen zu einer neuen Hochschulstruktur vorgelegt hat, sondern lediglich die Vorschläge des Ministers mit den weitgehend machtlo-



sen Rektoren der Hochschulen abgestimmt hat.

Das Institut für Musik der Otto-von-Guericke-Universität soll also unbedingt nach Halle verlegt werden. Und zwar nur der Umstrukturierung

wegen! Wie unser Minister nämlich am 21.07.03 vor dem Hochschulverband in Magdeburg gesagt hat, geht es bei der Musik nicht um Kosteneinsparung.

Fortsetzung Seite 5

Verluste beim Faktor Kultur sind nicht hinnehmbar

Die Umverlagerung bringt keine Einsparung, sondern kostet zusätzlich viel Geld, z.B. für den Umzug, Gebäude etc. Des kulturellen Verlustes für Magdeburg wegen hat Minister Olbertz wohl doch ein schlechtes Gewissen, so dass Kompensationsmaßnahmen für Magdeburg ins Gespräch gebracht werden. Nur wie soll das zusätzlich finanziert werden und wer erinnert sich noch an die angedachte Kompensation, wenn das Institut für Musik erst in Halle ist?

Das Argument, eine künstlerische Ausbildung könne man sehr wohl in Halle konzentrieren, sticht nicht, da die kulturellen Leistungen des Institut für Musik nicht aus der Region wegzudenken sind. Es geht hier nicht um eine isolierte reine Ausbildung von Künstlern und Musikpädagogen.

Es ist eine alte Erkenntnis, dass die Absolventen einer Hochschule häufig in der Nähe ihrer Ausbildungsorte bleiben und somit die Region bereichern - und genau diese jungen Leute brauchen wir hier dringend als Lehrer an Schulen und Musikschulen.

Betrachten wir nur die Zeit während des Studiums, so ist festzustellen, dass die Lehrenden das kulturelle Leben vor Ort durch künstlerische Initiativen, Konzerte, Kooperationen (Musikschule), Mitwirkung im TdL, Unterrichtstätigkeit etc. wesentlich bereichern.

Ebenso wirken die Studierenden durch :

1. künstlerische Projekte (Oper, Operette, Musical), Konzerte
2. Mitwirkung im TdL im Chor und in Solopartien
3. Solistentätigkeit
4. künstlerische Umrahmung von vielen Festveranstaltungen im öffentlichen und privaten Raum
5. Studierende leiten unzählige Chöre (Magdeburger Singkreis, Chor des Operettensommers am Bierer Berg, Jazz-/Gospelchor der Kunstplatte e.V. Stendal etc.)
6. Studierende leiten und initiieren künstlerische Projekte an Schulen (z.B. Musical "Grease" am Norbertus-Gymnasium)
7. Stimmbildnerische Arbeit mit Kinderchören und Musikklassen der



Gymnasien.

Was wäre die Kirchenmusik der Region ohne unsere Studierenden?!

8. Durch unsere Studierenden wird über 800 Kindern und Jugendlichen eine musikalische Ausbildung zu Teil, die sich die Eltern finanziell leisten können!

Schon mit unseren Studierenden beträgt die Wartezeit im Fach Klavier an der Musikschule Magdeburg z.B. 2 - 3 Jahre! Für die Musikschulen der Mitte und des Nordens des Landes wäre eine Verlagerung der Ausbildung in den Süden eine Katastrophe, da für einen geringen Obulus sicher kein Studierender von Halle nach Magdeburg, Stendal, Oschersleben etc. fahren würde, um an den Musikschulen privat zu unterrichten!

Eine solch durchgreifende negative Entwicklung kann unsere Landesregierung nicht wollen. In der Koalitionsvereinbarung von CDU und FDP heißt es :

"Es geht darum, den Kulturstandort Sachsen-Anhalt zukunftsfähig zu machen und zugleich attraktiven Lebensraum für die Menschen unseres Landes zu schaffen. Dazu ist der Anteil der Kulturausgaben am Gesamthaushalt schrittweise zu erhöhen."

Der Landesregierung ist es wohl auch bewusst, dass wir einen enormen Mangel an Musiklehrern an den Schulen haben. Deren Ausbildung aber dann nur nach Halle zu verlegen, ist sicher das falsche Signal in diese Richtung. Fakt ist näm-

lich, dass der Bedarf an Lehrern für die Sekundarschulen und Gymnasien des Landes nicht einmal gedeckt werden kann, wenn in Magdeburg und in Halle eine Vollast bei der Lehrerbildung gefahren wird. Derzeit werden in Magdeburg alleine 990 zukünftige Lehrer im Hauptstudium und 281 Lehrer im berufs begleitenden Studium unterrichtet. In Halle sind das noch etwas mehr. Wie soll Halle weitere 1000 Studierende, ohne die 173 Studierenden zum Lehrer an Berufsschulen, die ja hier bleiben sollen, auffangen? Es gibt dort schon jetzt keine ausreichenden Praktikumsplätze an den Schulen.

Allerdings werden diese Zahlen nicht mehr so bleiben, denn bei der Verlagerung nach Halle werden viele Studierwillige gleich in ein anderes Bundesland (Potsdam, Berlin, Braunschweig, Rostock sind alle näher an Stendal als an Halle) abwandern. Dass dann z.B. ein Musiklehrer von Baden-Württemberg nach Sachsen-Anhalt kommt, halte ich doch eher für unwahrscheinlich. Der Weg in die andere Richtung ist vorgezeichnet.

Versprochen wurde im Koalitionspapier mehr Hochschulautonomie. Zitat: "Die Koalitionspartner bekunden ihren politischen Willen zur Herstellung einer weitgehenden Autonomie für die Hochschulen in Sachsen-Anhalt. Der Staat zieht sich auf seine originären Aufgaben zurück, indem er Vielfalt ermöglicht und dafür die entsprechenden Rahmenbedingungen schafft." Diesen

Passus kann Minister Olbertz nie gelesen haben. In seinem Entwurf eines neuen Hochschulgesetzes ist nämlich etwas ganz anderes gefordert.

Wenn unsere Landtagsabgeordneten diesem Teil des Gesetzes zustimmen und sich das Heft durch ein "Ermächtigungsgesetz" aus der Hand nehmen lassen, dann könnte man den Landtag auch gleich abschaffen und viel Geld einsparen. Die Region muss wissen, ob sie diesen Verlust des Kulturfaktors hinnehmen darf oder nicht. Als verbeamtete Professorin kann ich mit dem täglichen Pendeln nach Halle, wie viele andere Landesbedienstete, etwa aus den aufgelösten Regierungspräsidien, gut leben. Aber was ist mit der Landeshauptstadt und der ganzen Region?

Zurück zu meiner Ausgangsfrage: Meine eindeutige Antwort: Kultur ist nicht zentralisierbar, und wenn, dann höchstens in der Mitte des Landes, von wo sie überall hin ausstrahlen kann. Die in 25 Jahren am Institut für Musik gewachsenen Strukturen kulturellen Schaffens mit derzeit ca. 240 Studierenden sind in der Kernsubstanz zu erhalten und eher noch auszubauen, denn "eine lebendige Musikkultur stärkt die Attraktivität der Region und ist unverzichtbarer Standortvorteil." so heißt es in einem Zitat unseres Kultusministers im Geleitwort zum diesjährigen Schönebecker Operettensommer.

Prof. Monika Köhler



Sabine Münch, ehemalige Gesangsstudentin am Institut für Musik, begeisterte das Publikum des CDU-Balls 2002. Sind solche kulturellen Einlagen in Zukunft noch machbar?

Olympia 2012 ist eine nationale Angelegenheit



Bernd Heynemann, Mitglied des Sportausschusses des Deutschen Bundestages, erklärt zu der Bewerbung der Städte Leipzig und Rostock um die Austragung der Olympischen Spiele und Paralympics 2012:

Der Jubel über die nationale Auswahl der Bewerberstädte Leipzig und Rostock durch das Nationale Olympische Komitee und die Sportverbände ist noch im Gedächtnis, aber er ist in Deutschland kaum noch vernehmbar. Die Woge der Begeisterung scheint nicht auf ganz Deutschland übergegangen zu sein. Selbstdarstellung, Profilneurose und persönliche Anfechtungen haben den faden Beigeschmack einer Provinzposse und erinnern fatal an die Olympiabewerbung Berlins für das Jahr 2000. Damit muss endgültig Schluss sein.

Der deutsche Sport steht mit der Bewerbung Leipzigs und Rostocks zur Disposition. Wir können uns ein Scheitern Leipzigs und Rostocks wie damals Berlin nicht leisten, ohne den Standort Deutschland und den Sport nachhaltig zu schädigen.

Es ist an der Zeit, dass die Bundesregierung die Bewerbung als nationale Aufgabe begreift und das Heft des Handelns in die Hand nimmt. Die Bewerberstädte dürfen nicht im Regen stehen gelassen werden. Die Bundesregierung muss finanziell und konzeptionell die Bewerbung zur nationalen Angelegenheit machen. Noch ist nichts verloren, aber es könnte schneller gehen, als es manch einer heute glauben möchte, d. h. bereits im Mai 2004 ist die nächste Zäsur, wenn das IOC aus den 12 Bewerbern die fünf kandidat-cities auswählt.

Die CDU Kandidaten zur Kommunalwahl 2004

gewählt bei der Gesamtmitgliederversammlung am 15. November 2003

Kommunalwahlbereich 01 Neustädter See - Kannenstieg Sülzgrund - Rothensee - Industriefahen Gewerbegebiet Nord - Barleber See

1. Rink, Johannes
2. Jahnel, Sieglinde
3. Bartrick, Hans-Eckard
4. Barth, Wolfram
5. Müller, Christa
6. Kraatz, Daniel
7. Evers, Rudolf
8. Gerlich, Daniel

Kommunalwahlbereich 02 Neue Neustadt - Neustädter Feld

1. Salzborn, Hubert
2. Bühnemann, Bärbel
3. Melzer, Dirk
4. Fölsch, Andreas
5. Mangelsdorf, David
6. Gurcke, Reinhard
7. Fink, Ingrid
8. Raabe, Ute
9. Göbel, Viktor

Kommunalwahlbereich 03 Großer Silberberg - Nordwest Alt Olvenstedt - Neu Olvenstedt

1. Ruden, Gerhard
2. Häusler, Gerhard
3. Matthesius, Rolf
4. Jeziorski, Rüdiger
5. Siedentopf, Uta
6. Weske, Rolf-Dieter
7. Köhler, Klaus

Kommunalwahlbereich 04 Stadtfeld Ost

1. Veil, Thomas
2. Jäger, Lutz
3. Stüwe, Maren
4. Janke, Hartmut
5. Mehnert, Alexandra
6. Schulze, Timo
7. Becker, Herbert

Kommunalwahlbereich 05 Altstadt - Alte Neustadt

1. Heynemann, Bernd
2. Deckbar, Hermann
3. Kilian, Thomas
4. Gödecke, Jürgen
5. Hucke, Wolfgang
6. Kern, Andreas
7. Strümpel, Bernd
8. Szydzick, Claudia
9. Kleinfeld, Hans-Joachim

Kommunalwahlbereich 06 Werder - Brückfeld - Berliner Chaussee Cracau - Prester - Zipkeleben Kreuzhorst - Herrenkrug - Pechau Randau-Calenberge

1. Stern, Reinhard
2. Ansorge, Jens
3. Bettecken, Dr. Beate
4. Kieper, Cornelia
5. Schröder, Burkard
6. Menzel, Christin
7. Köhler, Christian
8. Stadler, Kenred

Kommunalwahlbereich 07 Sudenburg - Lemsdorf

1. Seifert, Eberhard
2. Theise, Klaus-Dieter
3. Lütz, Marlene
4. Klinge, Frank
5. Hoffmann, Michael
6. Buschmann, Silke
7. Westphal, Klaus-Peter
8. Bautz, Beate
9. Henke, Cornelia

Kommunalwahlbereich 08 Stadtfeld-West - Diesdorf - Ottersleben

1. Schwenke, Wigbert
2. Reppin, Bernd
3. Schumann, Andreas
4. Kops, Reinhard
5. Bautz, Wilfried
6. Luding, Gisela
7. Steden, Gisbert

Kommunalwahlbereich 09 Leipziger Str. - Buckau - Fermersleben Salbke - Westerhüsen - Beyendorf-Sohlen

1. Heint, Gerhard
2. Germer, Ulrich
3. Eggert, Manuela
4. Lange, Bernd
5. Gebert, Silke
6. Schabanowski, Ronhald

Kommunalwahlbereich 10 Reform - Hopfengarten - Beyendorfer Grund

1. Schindehütte, Gunter
2. Krull, Tobias
3. Wölfer, Sabine
4. Wünsch, Oliver
5. Zibell, Gordon
6. Bork, Heidemarie
7. Schuster, Frank

Besuch der Fit Bildungseinrichtungen

Die Abgeordneten Jürgen Scharf und Eva Wybrands folgten dem Angebot von Dr. Helga Klemmt, die von ihr geführten Fit Bildungseinrichtungen zu besuchen. Die Fit-Bildungseinrichtungen bilden vorrangig im Bereich des Gesundheitswesens aus. Dem Unternehmen ist es wichtig, sich in einem Bereich zu spezialisieren, um darin durchweg Produkte hoher Qualität anbieten zu können.

Durch den Besuch wollten sich die Abgeordneten in erster Linie ein Bild darüber verschaffen, wie sich ein Bildungsträger in einer doch insgesamt sehr schwierigen Arbeitsmarktlage behaupten kann. Konkret stellt sich hier die Frage, wie es ihm gelingt, seine Bildungsangebote zu vermarkten.

Die Leistungsfähigkeit der Fit Bildungseinrichtungen besteht in der hohen Vermittlungsquote ihrer Absolventen auf dem Arbeitsmarkt. So wird in dem Berufsbild "Medizinisch-technische Assistenz" eine Vermittlungsquote von 100% erreicht. Dagegen fanden 90% der Absolventen in der Ausbildungsrichtung "Medizinische Dokumentationsassistenz" einen Arbeitsplatz. Dies sind

natürlich Zahlen, die Aufmerksamkeit erzeugen und auf die das Unternehmen zurecht stolz ist.

In dem Gespräch wurde verdeutlicht, dass diese Quoten nur deswegen erreicht werden können, weil Bildungsangebote formuliert werden, die sich an dem tatsächlich vorhandenen Bedarf im Gesundheitswesen orientieren. Das wiederum bedeutet, dass die Fit-Bildungseinrichtungen durch die gründliche Analyse von Bildungsbedarfen und durch ihre Praxisnähe Impulse für die Entwicklung innovativer Bildungsgänge erhalten, die sich dann in der Erarbeitung und Umsetzung von Curricula für zukunftsorientierte Berufsbilder ausdrücken. Um diesem Anspruch jederzeit gerecht werden zu können, unterhalten die Fit-Bildungseinrichtungen enge Kontakte zu zahlreichen Einrichtungen des Gesundheitswesens wie Universitäten, Krankenhäusern und Rehakliniken. Jedoch erschweren lange Prüfungswege in den Ämtern und Behörden sehr oft die Realisierung dieser neuen Ideen.

Das Unternehmen selbst verfügt über 70 fest angestellte Mitarbei-

ter. Dabei handelt es sich um hochmotiviertes Personal. Eine große Anzahl dieser Mitarbeiter wirkt in Vereinen mit. Dort führen sie auch Weiterbildungen durch und nutzen umgekehrt die dort angebotenen Weiterbildungsmöglichkeiten. Darüber hinaus geben auch zahlreiche praktizierende Ärzte aus der Region ihr Wissen an die Teilnehmer/innen weiter. Jene absolvieren im Gegenzug oftmals ihr Praktikum in den Einrichtungen ihrer Dozenten. Dieser Sachverhalt fördert in vielen Fällen eine schnelle und nachhaltige Vermittlung in den ersten Arbeitsmarkt. Der Anspruch aller Ausbildungsangebote lässt sich auch daran erkennen, dass sowohl Fachwissen als auch Sozialkompetenz vermittelt werden. Das geschieht deswegen, damit sich die Auszubildenden erfolgreich dem Arbeitsmarkt stellen und sich darin längerfristig behaupten können.

Stephan Richter



Im November stellte sich der Landtagsabgeordnete Dieter Steinecke den Fragen von Auszubildenden im Stadtteil Buckau. Die jungen Leute werden im Ausbildungsverbund der Wirtschaftsregion Braunschweig-Magdeburg e.V. (ABV) für 3 Monate geschult, um über ein Praktikum in eine Anstellung zu kommen. Dieter Steinecke betonte im Gespräch mit den jungen Leuten, dass letztlich die Wirtschaft Arbeitsplätze schaffen müsse. Doch die Politik ist gefordert, die Rahmenbedingungen zu verbessern, damit bestehende Firmen gedeihen können und neue Unternehmen sich in der Region Magdeburg ansiedeln. Der Abgeordnete will sich im Gespräch mit Wirtschaftsvertretern und dem Arbeitsamt dafür einsetzen, dass möglichst viele der jungen Leute in der Region eine Arbeitsstelle erhalten.

Foto: Thomas Nawrath

Termine im Kreisverband Dezember

Ost- und
Mitteldeutsche Vereinigung
10.12.2003, 18.00 Uhr
Hegelstraße 23

Ortsverband Sudenburg
13.12.2003, 18.00 Uhr
Weihnachtsfeier im Restaurant
"Landhaus Hadrys"

Ortsverbände Olvenstedt
und Am Neustädter Feld
17.12.2003, 18.30 Uhr
Gemeinsame Weihnachtsfeier in
der Gaststätte "Zum Lindenwei-
ler"

Januar 2004

Gesprächskreis Wissenschaft
14.01.2004
Beratungsraum Landtagsfrakti-
on, Domplatz 5-9

Neujahrsempfang des Kreisver-
bandes

26.01.2004, 19.00 Uhr
Vereins- und Westbank, Otto-
von-Guericke-Straße 27/28

März 2004

Gesamtmitgliederversammlung
13.03.2004, 10.00-15.00 Uhr
im Ramada-Treff Hotel

Gutti's Party-Service

- Kalte Platten
- Kalte Büffets
- Warme Menüs
- Spanferkel & Krustenbraten



Wir kochen und liefern Ihren Braten zum Fest

Entenbraten, 38,- €
Apfelrotkraut, Petersilienkartoffeln (für 4 Personen)

Gänsebraten, 55,- €
Grünkohl, Kartoffelklöße (für 6 Personen)

Gänsebraten, 89,- €
Apfelrotkraut, Butterrosenkohl, Kartoffelklöße (8-10 Personen)

Gänsekeulen, p. P. 11,- €
mit Apfelrotkraut und Klößen



zuzüglich Anlieferung 6,00 €

Beilagen können
ausgetauscht werden.

Wir vermitteln Partyräume (25/50/80 Personen) und Partyzubehör

Telefon: 0391 7221326

Bestellannahme: Di-Fr 10.00-18.00 Uhr und nach Vereinbarung
Inhaber: B. Schulz, Zum Lindenweiler 45, 39110 Magdeburg

Ein Denkmal den mutigen Bürgern

Die Rede des Vorsitzenden des Kuratoriums Magdeburger Bürgerdenkmal e.V. Rudolf Evers, gehalten am 3. Oktober 2003 im Rahmen der Bundesfeier:

"Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, sehr geehrte Gäste, nach der Begrüßung durch unseren Minister- und Bundesratspräsidenten, Herrn Prof. Dr. Böhmer darf ich als Vorsitzender des Kuratoriums, das sich für die Errichtung des Bürgerdenkmals eingesetzt hat, Ihnen für ihr Kommen auf das Herzlichste danken.

Wir wollen heute die Einweihung eines Denkmals feiern, das einem Ereignis in der Geschichte unseres Volkes gewidmet ist, das in seiner positiven gesellschaftlichen Dimension, in nationaler, wie auch in internationaler Hinsicht, als das bedeutendste in unserer Geschichte anzusehen ist. Dieses Ereignis ist die "Friedliche Revolution" des Herbstes '89. Die erste erfolgreiche Revolution auf deutschem Boden! Doch von diesem Boden sind auch 2 Weltkriege ausgegangen, die den betroffenen Völkern unbeschreibliches menschliches Leid brachten und in schrecklicher Weise auf unser Volk zurückschlugen. Für die Bevölkerung in den heutigen neuen Bundesländern bedeutete dies nach dem Ende des 2. Weltkrieges, den nahtlosen Übergang von der faschistischen in die kommunistische Diktatur.

Während in einem Teil Deutschlands eine freiheitliche Demokratie aufgebaut werden konnte, musste die Bevölkerung in dem verbliebenen östlichen Teil die Auswirkungen einer kommunistischen Gewaltherrschaft durchleben. Trotzdem stand dieses Volk am 17. Juni 1953 beim ersten Volksaufstand in der DDR auf und wurde blutig zusammengeschossen. Es gelang den Machthabern für Jahrzehnte eine trügerische Friedhofsruhe herzustellen.

Doch mit der inneren Erosion des kommunistischen Weltlagers, das seiner Bevölkerung nicht nur die Menschenrechte vorenthielt, sondern durch seine ihm immanente Mangelwirtschaft seine Unterlegenheit im Wettbewerb der Systeme offenbaren musste und die legitimen

Bedürfnisse ihrer Völker weder in moralischer noch in materieller Hinsicht zu befriedigen in der Lage war, wuchs auch wieder die Unruhe in der Bevölkerung der DDR.

Und im Herbst '89 war es soweit! Die Menschen überwandnen ihre berechnete Angst und gingen trotz

gebracht, die mit ihrer internationalen Anerkennung auch die alten Bundesländer einschließt und so als bindendes Glied zwischen den nunmehr vereinten Teilen Deutschlands dienen kann.

Es muss unser Anliegen sein, diese "Friedliche Revolution" und den



Feierliche Übergabe des Bürgerdenkmals im Rahmen der Bundesfeier am Tag der deutschen Einheit durch Bundespräsident Rau und die Schriftstellerin Elisabeth Graul.

Fotos: M. Köhler

der aufmarschierten Staatsmacht für eine gesellschaftliche Erneuerung auf die Straße und das in ständig steigender Zahl, Montag für Montag schafften sie es so, ein gewaltbereites Regime friedlich zur Aufgabe zu bringen.

Sie vollendeten ihre "Friedliche Revolution" und brachten aus eigener Kraft die ersehnte Freiheit und Demokratie endlich auch auf den Boden ihrer eigenen Heimat und entschieden sich in der Folge in freien Wahlen für die Einheit ihres so lange in unnatürlicher Teilung lebenden Volkes.

Mir ihrer "Friedlichen Revolution" hat die Bevölkerung der heutigen neuen Bundesländer ein "hohes Gut" in die Einheit Deutschland ein-

Widerstand gegen den Faschismus als die eigentlichen Wurzeln unserer Demokratie in unserem Volk zu verinnerlichen und auch der Völkergemeinschaft als Basis des Vertrauens begreifbar zu machen.

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, viele von ihnen, die sich heute hier versammelt haben, sind in den dunklen Abenden des Herbstes '89 über diese Straße gegangen, um die schützenden Mauern des Doms zu erreichen. Und es waren dort auch die Stimmen des Dompredigers Quast und Frau Zachhubers, die uns Mut zusprachen, aber auch zur Besonnenheit mahnten und uns aufrufen, wieder den aufrechten Gang zu lernen.

Wir fassten Mut und mit brennenden

Kerzen in den Händen zum Zeichen unserer Friedfertigkeit traten wir zu unseren gewaltlosen, in die Geschichte eingegangenen Montagsdemonstrationen an.

Und unsere Rufe "Wir sind das Volk", die damals Ausdruck der Verzweiflung und des Leids eines eingesperrten Volkes waren, sollten nicht im Dunkeln der Geschichte verhallen. Wir wollen uns ihrer stets erinnern und sie sollen uns heute die Kraft geben, die wir brauchen, um die Aufgaben der Gegenwart und Zukunft mit Zuversicht anzupacken.

Das "Erinnern", meine Mitbürgerinnen und Mitbürger, das soll uns helfen die historische Leistung der Montagsdemonstranten nicht der Vergessenheit anheim fallen zu lassen. Nur ein Beitrag dazu soll dieses "Mal des Erinnerns" sein, als ein "Bürgerdenkmal von den Bürgern für die Bürger".

Dabei sollen die Ziele der Montagsdemonstrationen - festgehalten in den Schriftzügen auf den bronzenen Bodenplatten des Denkmals - richtungsweisend sein für gegenwärtige und zukünftige Generationen.

Jeder kann es lesen: "Freiheit, Demokratie, Einheit und Frieden" Den Einzelnen ruft sie auf, nicht nur die Vorteile unseres demokratisch, pluralistischen Gemeinwesens wahrzunehmen, sondern auch die Verantwortung, die damit für ihn verbunden ist, als eigentlicher Träger dieser demokratischen Gesellschaft.



Norbert Zagel ist freischaffender Künstler. Zur Grundsteinlegung im Juni dieses Jahres war er bereits in Magdeburg dabei (Foto).

der friedlichen Revolution des Herbstes 1989

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, dieses schlichte "Mal des Erinnerns", das wir heute einweihen, wurde erschaffen vom Künstler Norbert Zagel aus Langweid bei Augsburg, der sich in einem deutschlandweiten anonymen Wettbewerb durchgesetzt hatte. Wir glauben, dass es ihm in seinem Werk gelungen ist, den Prämissen der Ausschreibung des Kuratoriums, den Idealen und Bürgertugenden, von denen die Montagsdemonstrationen getragen waren, bildhaften Ausdruck zu verleihen.

Mit den Ausdrucksmitteln unserer modernen Zeit gestaltete er aus Bronze und Edelstahl eine zweiteilige Stele, die Raum lässt für Interpretationen nach den Lebenserfahrungen des Betrachters.

Einer unserer Spender, Herr Spriß aus Barleben, sagte mir diese, seine Interpretation: die zwei Stelen, von denen eine umgekehrt steht, sieht er als die beiden, damals unvereinbaren Teile Deutschlands mit ihren antagonistischen Gesellschaftsordnungen. Doch vereint aus ihrer beider Mitte bricht das gleiche Licht hervor als Ausdruck der Gedanken, der Sehnsüchte, der Gefühle der Menschen.

Und es waren in der Tat nur diese Empfindungen, die die Menschen dazu brachten aufzustehen und wieder zusammen zu finden.

Nehmen wir es auch als ein Zeichen der Einheit, des Zusammenwach-

sens, was zusammen gehört, dass ein Künstler aus den alten Bundesländern in der Lage war, diese schwierige Aufgabe in unaufdringlicher Aussagekraft in Form zu bringen.

Wir haben ihm zu danken.

Zu danken haben wir auch der Stadt Magdeburg für ihre Unterstützung und allen unseren kleinen und großen Spendern, die uns in den 4 Jahren unserer Arbeit halfen die Finanzierung zu sichern. Viele Spender sind mit einem Bürgerstein mit ihrem eingravierten Namen vertreten, die rings um das Denkmal im Pflaster eingelassen sind und ein weiteres gestalterisches Element des Denkmals darstellen.

Darüber hinaus verdeutlichen diese Steine einige geschichtliche Zusammenhänge des historischen Geschehens in den Tagen des Herbstes '89.

Die Steine einiger Kreisstädte unseres Landes Sachsen-Anhalt zeigen nicht nur die überregionale Bedeutung dieses Denkmals auf, sondern diese Städte wollen damit den Anteil ihrer Bürger an dem Gelingen der "Friedlichen Revolution" zum Ausdruck bringen. Und in der Tat war es so, dass nur die Geschlossenheit des Volksaufstands in allen Regionen der DDR die "Friedliche Revolution" gelingen ließ.

Den Stein unserer Partnerstadt Braunschweig sehen wir als Zeichen der nationalen Verbundenheit, die

auch die jahrzehntelange Trennung unbeschadet überdauerte. Niemand, der zum Mauerfall dabei war, vergisst die bewegenden Szenen, die sich in diesen Tagen zwischen Bürgern beider Städte abspielten. Es entstanden Freundschaften, die bis heute andauern, was sich auch in den Bürgersteinen widerspiegelt. Wir sind froh, dass wir auch auf einen Stein unserer Partnerschaft Nashville aus den Vereinigten Staaten von Amerika verweisen können. Es nötigt, glaube ich, jedem Respekt ab, wenn Bürger am anderen Ende der Welt für unsere Befindlichkeiten eine so hohe Sensibilität aufbringen, dass sie nach unserer Kontaktaufnahme sofort 2000 Dollar sammeln, um einen Städtestein zu erwerben.

Das zeigt, dass plumper Antiamerikanismus in Deutschland fehl am Platz ist.

Denn unsere beiden Völker und die Völkergemeinschaft der freien Welt verbinden gemeinsame Grundwerte, die eine feste, unverbrüchliche Grundlage freundschaftlicher Beziehungen sind und bleiben.

Meine Damen und Herren, dieses Denkmal mit der gestalteten Symbolik der Steine, der Stelen und des Lichts zeigt das Geschichte gewordene Zusammenwirken nationaler, internationaler und moralischer Kräfte der Menschen, ohne die es weder zur "Friedlichen Revolution" noch zur Einheit und diesem heutigen glücklichen Tage hätte kommen können.

An diesem schlichten Denkmal fokussiert sich die Geschichte einer Epoche - schreckliche Irrungen der Menschheit, aber auch der hoffnungsvolle Aufbruch in eine bessere, friedliche und humane Welt. Ich danke Ihnen."



Kuratoriumsvorsitzender Rudolf Evers während seiner Rede vor den Repräsentanten von Bund und Land.

Wie weit soll die wirtschaftliche Betätigung der Kommunen gehen?

Auf Einladung der Kommunalpolitischen Vereinigung der CDU hat die Bundestagsabgeordnete Anne-Marie Dött am 05. November 2003 zum Thema "Wirtschaftliche Betätigung der Kommunen" referiert. Ausgehend von den Bestimmungen in der Verfassung zur Selbstverwaltungsgarantie für die Städte und Gemeinden weist sie auf die den Kommunen obliegenden Aufgaben. Danach sind die Städte und Gemeinden für alle Aufgaben der Daseinsvorsorge zuständig. Welche Aufgaben dazu zählen, unterliegt einer kritischen Diskussion. Die Abgeordnete Dött berichtete über die

Beratungen unter dem Vorbehalt der europäischen Wettbewerbspolitik. Ein Grünbuch zu Dienstleistungen von allgemeinem Interesse soll Klarheit über die von den Kommunen zu erfüllenden Aufgaben verschaffen. Bisher werden Wasserversorgung, öffentlicher Personennahverkehr, Abfallentsorgung, Strom und Gasversorgung und vieles mehr bereitgestellt.

Die Frage, welche Aufgaben durch die Kommunen erledigt oder nur organisiert werden sollten, sind jeweils zu entscheiden. Sehr kritisch haben Versammlungsteilnehmer die Behauptung

diskutiert, dass die privaten Unternehmen wirtschaftlicher als städtische Betriebe arbeiten würden. Frau Dött betonte die Konkurrenz zwischen kommunalen und privaten, gewerblichen Unternehmen und die dort fehlenden Aufträge. Nur durch die kommunalen Aufträge an die Unternehmen können die Städte den Steuerverlusten entgegen wirken.

Nach teilweise kontroverser Diskussion in angenehmer Atmosphäre stellte der Vorsitzende der kpV Magdeburg, Herbert Becker, in seinem Schlusswort fest:

"Letztlich muss jede Kommune für sich entscheiden, welche Auf-

gaben sie erfüllen will bzw. wie sie die gestellten Aufgaben erfüllt. Jeder Kommunalpolitiker muss sich den Anforderungen stellen, einerseits den Ansprüchen seiner Wähler und andererseits den Fragen, ob und wie eine Leistung erbracht werden kann."

Den Versammlungsteilnehmern wurde eine Abhandlung über Konzepte und Beispiele für eine umfassende Privatisierung unter dem Titel "Der Weg aus der kommunalen Schuldenfalle" ausgehändigt.

Herbert Becker,
Vorsitzender KPV Magdeburg

Traditionelle Sammlung für die Kinderkrebstation

Auch in diesem Jahr sammelt die Junge Union Magdeburg wieder Spenden für die Kinderkrebstation Magdeburg und führt damit eine lange Tradition weiter.

Im vergangenen Jahr überbrachten wir 1.450 Euro. Im Jahr 2003 hoffen wir nun wieder auf viel Unterstützung für das Elternhaus der Kinderkrebstation. Es soll gebaut werden, um Eltern erkrankter Kinder die Übernachtung in der Nähe ihrer Kleinen zu ermöglichen und so den Heilungsprozess zu fördern.

Wer uns dabei helfen möchte, kann sich an Timo Schulze oder Alexandra Mehnert wenden. Die Spende wird in der Woche vor Weihnachten direkt in der Station übergeben.

Alexandra Mehnert

Hilfe für die Ärmsten der Armen



Sabine Wölfer und Gisela Luding von der Frauen-Union übergaben die Spenden am 19.11. Foto: T. Krull

Begeistert sind wir nicht, wenn in der Weihnachtszeit immer wieder aufgefordert wird zu spenden. Wir haben soviel mit uns selbst zu tun, daß wenig Zeit für Gedanken an Andere bleibt. Der stressige Alltag und die Sehnsucht nach Gemütlichkeit, die Aussicht auf die wenigen freien Tage im Kreis unserer Lieben, wollen wir auf keinen Fall durch Bilder vom Elend in dieser Welt verderben lassen. In letzter Zeit höre ich immer wieder die Meinung: "Na, wer weiss schon, ob das Alles ankommt!?" Bekommen denn wirklich die, die

unsere Hilfe benötigen, unsere Spenden, oder versickert alles in dunkle Kanäle?" Die Sorge ist nachzuvollziehen. Allerdings drängt sich die Frage auf, ist diese Meinung nicht vielleicht doch nur ein Feigenblatt und Alibi, um nichts tun zu müssen? Wir sprechen von Ländern, in denen das Wort Armut eine andere Bedeutung hat als in Deutschland. Das Wort Armut bedeutet in diesen Ländern, Hunger, Frieren, oft nur minimale medizinische Versorgung und fehlende Bildung. Im Kielwasser dieser Situation das Anwachsen von Prostitution, Drogensucht, Kriminalität und Verbreitung von Seuchen wie Aids. Es sind nur einige Kilometer Luftlinie, die uns vom Wahnsinn des Krieges und der Kehrseite der Zivilisation trennen. Doch die Verantwortung betrifft jeden Einzelnen. Wir können im Medienzeitalter nicht wegsehen und so tun, als ob wir davon nichts wissen! Dabei ist die Größe des Beitrages unwichtig. Insgesamt kann auch mit einer Vielzahl kleiner Spenden eine Menge bewirkt werden. Wir als Frauen-Union haben

uns entschieden, die Partnerschaftsaktion Ost im Bistum Magdeburg zu unterstützen. Die von uns abgegebenen Sachspenden gehen auf eine weite Reise an die Wolga, nach Tutajef. Unsere Geschenke sollen den über 1000 Kindern, die dort in sehr armen Familien leben, ein schönes Weihnachtsfest ermöglichen. Wir unterstützen damit auch die drei Waisenhäuser, die mehr als 300 Kinder unter schwierigsten Bedingungen betreuen. Es fehlen dort auch so selbstverständliche Dinge wie: Seife, Zahncreme, Zahnbürsten usw.

Wir wissen, dass die gespendeten Sachgaben dort wirklich die Ärmsten der Armen erreichen.

Unser Weihnachten wollen und sollen wir genießen. Aber im Lichtigkeits der Kerzen dürfen wir Christen nicht vergessen, dass der Grundgedanke des Weihnachtsfestes eine klare Aufforderung zu tätiger Nächstenliebe, Toleranz und Hilfsbereitschaft ist und für das ganze Jahr uneingeschränkt Bedeutung hat.

Cornelia Henke

Hochwasserschutz in Magdeburg deutlich verbessert

Nach dem extremen Hochwasser im August 2002 waren in Magdeburg viele neue Überlegungen zum Schutz vor derartigen Naturkatastrophen notwendig. Bereits im Oktober 2002 hatte der CDU-Ortsverband Ostelbien den Oberbürgermeister Dr. Lutz Trümper und den Beigeordneten Werner Kaleschky zu einer Diskussionsrunde über die Erfahrungen nach dem Hochwasser geladen. Mehr als 50 Bürgerrinnen und Bürger waren ebenfalls dieser Einladung gefolgt. Im Frühjahr 2003 wurde nochmals eine stark besuchte

Bürgerversammlung im Bürgerzentrum in Cracau zum Thema "Vorflutersysteme" organisiert. In mehreren Anfragen wurde immer wieder im Stadtrat das Thema angesprochen. Das Thema Hochwasserschutz bewegt viele Bürger von Randau bis zum Herrenkrug. Nun konnte der Landesbetrieb für Hochwasserschutz und Wasserwirtschaft vermelden, dass der Deichbau von Randau bis zur Seestraße in Cracau und im Herrenkrug abgeschlossen wurde. 6 Meter lange Spundwände wurden in den vorhandenen Wall getrieben.

Im Herrenkrug wurden die Deiche erhöht. Damit soll für die nächsten Jahre solch ein Hochwasser wie im August 2002 mühelos abzuwehren sein.

Dennoch sind wir als CDU der Auffassung, dass noch viel zu tun ist. In der Alten Elbe und im Umflutkanal in Pechau ist ein enormer Bewuchs im Flussbett zu verzeichnen. Hier sind radikale Maßnahmen vorzusehen - Hochwasserschutz vor Naturschutz -. Auf keinen Fall darf aber die Situation der Vorflutersysteme in Pechau, Puppendorf oder Friedens-

weiler in Vergessenheit geraten. Die Furtlake oder der Schwanengraben sind bei hohen Grundwasserständen wie im Frühjahr 2003 ein Problem. Die Stadtverwaltung hat hierzu ein langfristiges Konzept versprochen, wir warten aber immer noch auf ein Ergebnis.

Wir werden als CDU die Interessen der Bürgerrinnen und Bürger auch in dieser Frage weiter vertreten. Es geht um ein Stück unserer schönen Heimat an der Elbe.

*Reinhard Stern
Fraktionsvorsitzender*



Beschluss des CDU-Bundesvorstandes vom 3. November 2003

Ein modernes Einkommensteuerrecht für Deutschland

Der CDU-Bundesvorstand hat in seinem Beschluss vom 3. November 2003 auf Vorschlag des stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden der Unionsfraktion, Friedrich Merz, in zehn Leitsätzen ein grundlegend vereinfachtes Steuerrecht mit wesentlich niedrigeren Steuersätzen gefordert:

1. Neufassung des Einkommensteuergesetzes

Das gegenwärtige Einkommensteuergesetz ist nicht mehr reformfähig. Es wird deshalb aufgehoben und durch ein vollständig neu formuliertes Einkommensteuergesetz ersetzt, das den Fundamentalprinzipien der Verständlichkeit und der Besteuerung nach Leistungsfähigkeit entspricht. Gegenstand der Besteuerung ist das Markteinkommen. Markteinkommen ist jedes realisierte, durch Betätigung am Markt erworbene Einkommen. Die Neufassung erfolgt in Fortführung der bekannten Systematik und Terminologie des Einkommensteuerrechtes und führt daher nicht nur zu einer Vereinfachung, sondern ist zugleich ein wesentlicher Beitrag zur Stabilisierung des materiellen Rechts.

2. Radikale Vereinfachung der Steuererklärung und der Steueranlagung

Durch den konsequenten Ausbau und die Vereinheitlichung der elektronischen Datenübermittlung und Datenverarbeitung wird der Steuerklärungs- und der Steueranlagungsaufwand drastisch gesenkt. Dazu erhält jeder Steuerpflichtige eine Einkommensteuer-Identifikationsnummer (Steuer-PIN), die die anonymisierte Datenübertragung ermöglicht. Die Steuererhebung wird durch ein umfassendes Quellenabzugsverfahren ausgebaut. Das Lohnsteuerverfahren, das Kapitalertragsteuerverfahren und die Besteuerung der Alterseinkommen werden auf diese Weise drastisch vereinfacht. Die jährliche Einkommensteuererklärung des Steuerpflichtigen wird durch einen elektroni-

schon Steuerklärungsentwurf des Finanzamtes unmittelbar nach Ablauf des Kalenderjahres ersetzt.

3. Einkunftsarten und Einkunftsartenermittlung

Die bestehenden Einkunftsarten werden zur Gleichmäßigkeit der Besteuerung in wenigen Grundtatbeständen und zu vier Einkunftsarten zusammengefasst. Die Gewinneinkünfte (Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft, aus Gewerbebetrieb, aus selbständiger Arbeit) werden unter Einbeziehung der Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung zu Einkünften aus unternehmerischer Tätigkeit zusammengefasst. Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit und aus Kapitalvermögen bleiben als selbständige Einkunftsarten erhalten. Die sonstigen Einkünfte bleiben erhalten und umfassen auch die Einkünfte aus der Altersversorgung. Den kleinen Unternehmungen wird bei den Einkünften aus unternehmerischer Tätigkeit unter Angleichung der Ermittlungsmethoden ein weitgehendes Wahlrecht zwischen Einnahmenüberschuss-Rechnung und Steuerbilanzierung eingeräumt. Das Steuerbilanzrecht wird unter Lösung von der handelsrechtlichen Maßgeblichkeit unter Angleichung der Ermittlungsmethoden verselbständigt und neu gefasst.

4. Vereinfachung der Besteuerungsgrundlagen und die Beseitigung von Steuervergünstigungen

Die bestehenden Steuerbefreiungen, Freibeträge, Abzugsbeträge und Ermäßigungen werden aufgehoben und durch einen einheitlichen Arbeitnehmerfreibetrag von 1.000 Euro ersetzt. Sonderausgaben und außergewöhnliche Belastungen werden in Form persönlicher Abzüge zusammengefasst und reduziert.

Für steuerbegünstigte Zwecke bleibt ein Spendenabzug für mildtätige, kirchliche, religiöse, wissenschaftliche und gemeinnützige Zwecke grundsätzlich erhalten. Ein Spendenabzug zur Förderung der Freizeitgestaltung wird

nicht mehr gewährt.

5. Entlastung durch einen einheitlichen Grundfreibetrag und durch eine Senkung der Steuertarife

Jede Person erhält einen einheitlichen Grundfreibetrag von 8.000 Euro. Der Eingangssteuersatz wird auf 12 % gesenkt. Der linearprogressive Tarif wird durch zwei weitere Steuerstufen von 24 % ab einem Einkommen von 16.000 Euro und von 36 % ab einem Einkommen von 40.000 Euro ersetzt. Dieser Steuerstufentarif wird zur Vermeidung der "kalten Progression" jedes zweite Jahr inflationsbereinigt. Der Tarif für Einkünfte aus unternehmerischer Tätigkeit wird auf 24% begrenzt, so lange diese Einkünfte mit Gewerbesteuer zusätzlich belastet werden.

6. Die steuerliche Behandlung der Ehe und der Familie

Der im Grundgesetz verankerte Schutz von Ehe und Familie gebietet auch im Steuerrecht, die Ehe und die Familie gerecht zu besteuern. Die Herstellung der Gerechtigkeit und die Förderung von Ehe und Familie erfolgt durch die Fortgeltung des Ehegattensplittings und die Gewährung des einheitlichen Grundfreibetrages auch für Kinder vom ersten Tag an. Die zusätzliche Sicherung des Existenzminimums von Kindern erfolgt im Bedarfsfall durch eine zusätzliche Kindergeldleistung. Notwendige Aufwendungen zur Versorgung, Betreuung und Erziehung von Unterhaltsberechtigten sind steuerlich abzugsfähig. Der private Haushalt wird grundsätzlich als Arbeitgeber anerkannt.

7. Die einheitliche Besteuerung der Kapitaleinkünfte

Die Besteuerung der Kapitaleinkünfte wird vereinheitlicht und vereinfacht. Kapitaleinkünfte, die nicht Dividendenzahlungen sind, werden im Wege des Quellensteuerabzugs einheitlich mit 24 % belastet. Die Kapitalertragsteuer hat Vorauszahlungscharakter und wird im Verfahren des Veranlagungsvorschlags berücksichtigt.

8. Die umfassende Besteuerung

der Veräußerungsgewinne

Die umfassende Besteuerung der Veräußerungsgewinne ist Bestandteil der Einkommensbesteuerung. Gewinne aus der Veräußerung von Wirtschaftsgütern, die der Einkünfteerzielung dienen (u.a. Grundstücke, vermietete Immobilien, Wertpapiere), unterliegen der Steuerpflicht. Gewinne aus der Veräußerung von Wirtschaftsgütern, die ausschließlich der Privatsphäre zuzuordnen sind (u.a. selbstgenutzte Immobilien), sind wie bisher nicht steuerpflichtig. Der Aufwand wird aus Gründen der Verwaltungsvereinfachung typisiert.

9. Die nachgelagerte Besteuerung der Alterseinkünfte

Die Besteuerung der Altersbezüge erfolgt mit einer Übergangsregelung zur Vermeidung von Doppelbesteuerungen nachgelagert und im Wege des Quellenabzugs. Vorsorgeaufwendungen für diese Altersbezüge sind abzugsfähig. Die Abzugsfähigkeit wird beschränkt auf solche Vorsorgesysteme, die ausschließlich der Alterssicherung (Leibrenten) dienen.

10. Die Unternehmensbesteuerung

Einkommensteuerrecht und Körperschaftsteuerrecht werden mit dem Ziel der Rechtsformneutralität und der Vermeidung von Doppelbesteuerung aufeinander abgestimmt. Der Körperschaftsteuertarif beträgt einheitlich 24 % auf ausgeschüttete und thesaurierte Gewinne. Die Vorbelastung auf Dividenden wird bei natürlichen Personen als Anteilseigner auf die Einkommensteuer im Wege eines vereinfachten Anrechnungsverfahrens angerechnet. Die Gewerbesteuer soll durch eine wirtschaftskraftbezogene Gemeindesteuer ersetzt werden. Bis dahin bleibt es bei den bisherigen Regelungen. Soweit Veräußerungsgewinne zwischen Kapitalgesellschaften auch stille Reserven enthalten, werden diese besteuert. Der Verlustausgleich bleibt als Verlustvortrag uneingeschränkt zulässig.

Verlogene Nation - verlorene Nation

Da gewinnt jemand eine Wahl, weil er die außen- und sicherheitspolitischen Interessen der Nation verrät, deren Interessen zu schützen er vier Jahre vorher beeidigt hatte. Noch in den Ohren klingt die Häme, mit der die SPD Kanzler Kohl überzogen, "der Verfassungsbruch begangen" haben sollte. Welches Land hat denn heute noch einen verfassungsgemäßen Haushalt? Und der Bund? Verfassungsbruch in Milliarden-schwere! Nur noch ein Kavaliersdelikt? Ganz den Staatsmann mimend, tritt Gerd Schröder hin vor junge und künftige Offiziere der Bundeswehr und fordert sie auf, demokratische Werte wie Offenheit, Toleranz und Loyalität zu vertreten - derweil er draußen einen Soldaten nach 40jähriger treuer und bester Pflichterfüllung wegen eines privaten, vom Kanzler als "töricht" bewerteten Briefes binnen 24 Stunden entlässt - ohne dem geschassten General auch nur die Chance einer Anhörung, einer Erklärung zu geben, zur Erläuterung eines Briefes, der nur durch einen das Briefgeheimnis nicht achtenden "investigativen" Journalismus - und eine gehörige Portion Naivität des Empfängers - in die für ihn nie bestimmte Öffentlichkeit gelangen konnte.

In billiger Häme weisen unsere Fernseh-Redaktionen auf Fehler der US-Regierung hin, als wollten sie damit unsere eigene Unfähigkeit und die freche Verlogenheit unserer Regierenden vergessen machen. Mit erhobenem Zeigefinger und verfälschten Nachrichten lehren sie die Nation mores, um Sekunden später Film-ausschnitte aus der Pädophilenszene zu senden. Eine sicher eher schlechte und ebenso berechtigt in manchen Tatsachenbehauptungen und Wertungen zu kritisierende Rede eines CDU-Bundestagsabgeordneten zum 3. Oktober reicht aus, um fast vier Wochen später, nach hinlänglicher Vorbereitung durch "interessierte Kreise" ein inszeniertes Kesseltreiben sondergleichen unter der brutalen Zensurknote der "political correctness" zu veranstalten. Der CDU bleibt aus Gründen der politischen Selbsterhaltung - nicht etwa aus Gründen der politischen oder ethischen Hygiene oder der

historischen Wahrhaftigkeit - nichts anderes übrig, als den Fraktionsausschluss zu beschliessen und ein Parteausschlussverfahren zu betreiben. Freiheit, die ich meinte...

Die Ministerpräsidenten der neuen Bundesländer fordern einhellig vom Bund bei der Senkung und Zusammenlegung von Arbeitslosengeldern und Sozialhilfe eine daraus resultierende volkswirtschaftliche Schlechterstellung der neuen gegenüber den alten Bundesländern zu vermeiden. Schröder, zwei Tanten im Osten, kontert kühl, er werde doch die Ministerpräsidenten nicht bestechen wollen - als habe er nicht genau dieses noch vor drei Jahren erfolgreich und stilllos zum ersten Mal in der Geschichte des Bundesrates betrieben. Nur ging es damals nicht um die neuen Bundesländer, da ging es um mehr, um seine eigene Existenz.

...und wieder schreitet ein Kanzler durch dieses Land, unbeirrbar durch die Realitäten, sichtlich ergriffen vom Kotau mächtiger Männer aus Industrie und Gewerbe - und lügt, wenn er nur die Augen aufschlägt; ändern sich doch Meinung und Richtung mit einem jeden Augen Blick. Zur Zeit lässt er plakatieren: Steuern senken

- und bereitet die erste Ausbildungsplatzabgabe in der deutschen Geschichte vor. -

Welch ein Vorbild in schwieriger Zeit. Nehmen wir uns, die wir auch nur - noch -überleben wollen, ein Beispiel an ihm: Entledigen wir uns der Wertordnung, für die wir gestanden haben bis jetzt! Scheren wir uns nicht um die Konsequenzen unheili-

gen Tuns. Hauptsache wir bleiben oben und sinken nicht ab in das stetig größer werdende Heer derer, die sich enttäuscht und ohnmächtig fragen: Widerstand in einer Demokratie, wie mag das nur gehen?

Ich habe vor die Schnauze von diesem kanzler gestrichen voll - und könnte ich ihn "kleinschreiben", er fände Platz in einem .Ernst-U. Pfeifer



Landtagsabgeordnete (im Bild: Dieter Steinecke) und Mitarbeiter der Kreisgeschäftsstelle der CDU sammeln im November vor dem Allee-Center für den Volksbund Deutsche Kriegsgräberpflege. Der Volksbund betreut hunderte Soldatenfriedhöfe und die Gräber von nahezu zwei Millionen deutschen Gefallenen in rund 40 Ländern. Spenden für den Volksbund, Landesverband Sachsen-Anhalt, sind möglich auf das Konto 390 033 36 bei der Stadtparkasse Magdeburg (BLZ 810 532 72). Foto: Thomas Nawrath

Herzliche Glückwünsche

Oktober

Rudolf Burghardt zum 80. Geburtstag
 Alfons Winter zum 78. Geburtstag
 Günter Schwenke zum 75. Geburtstag
 Walter Remmers zum 70. Geburtstag
 Hans-Dieter Haake zum 66. Geburtstag
 Horst Luding zum 65. Geburtstag
 Adolf Kirschner zum 65. Geburtstag
 Waltraud Kurtz zum 65. Geburtstag

November

Margarete Haunschild zum 82. Geburtstag
 Ursula Sens-Schönfelder zum 77. Geburtstag
 Eva-Margret Fritsche zum 71. Geburtstag
 Wilfried Bautz zum 65. Geburtstag

Dezember

Erika Hollenberg zum 91. Geburtstag
 Fredmartin Seibert zum 78. Geburtstag
 Christa Wolter zum 75. Geburtstag
 Isolde Scholz zum 73. Geburtstag
 Gerhard Janke zum 73. Geburtstag

Curt Rieke zum 72. Geburtstag
 Bernadette Kulesa zum 68. Geburtstag
 Hannelore Krajinski zum 67. Geburtstag
 Joachim Marckstadt zum 67. Geburtstag
 Ute Raabe zum 66. Geburtstag
 Eberhard Reulecke zum 66. Geburtstag



Familie Schwenke - 3 Generationen in der CDU aktiv



Der Name Schwenke hat in der Magdeburger CDU schon lange einen guten Klang. Inzwischen ist bereits die 3. Generation dieser

Familie innerhalb der CDU Magdeburg engagiert. Der wohl bekannteste ist Wigbert Schwenke, der nicht nur die Interessen der CDU

und ihrer Partner (zur Zeit als stellv. Fraktionsvorsitzender) seit der friedlichen Revolution im Magdeburger Stadtrat vertritt, sondern seit Frühjahr 2001 auch der CDU-Fraktion im sachsen-anhaltinischen Landtag angehört. Als Kreisvorsitzender des Christlich-Demokratischen-Arbeitnehmerschaft (CDA) und Angehöriger des CDA-Landesvorstandes ist er eine starke Stimme des Arbeitnehmerflügels der CDU. In seiner Funktion als Ortsverbandsvorsitzender in Ottersleben/Lemsdorf hat er es verstanden diese Stadtteile zu wahren Hochburgen der CDU zu entwickeln, gleiches versucht als er Beisitzer im CDU-Kreisvorstand für ganz Magdeburg zu erreichen. Auch in ehrenamtlichen Funktionen, unter anderem als Präsident des VfB Ottersleben, engagiert er sich für die Belange seine Heimatstadt.

Sein Vater Josef Schwenke ist Diözesanvorsitzender der Katholischen Arbeitnehmer Bewegung im

Bistum Magdeburg. Durch seine Beiträge und Vorträge vermittelt er immer wieder den Mitgliedern der CDU und deren Vereinigungen, insbesondere der Jungen Union, was eigentlich das C in dem Parteinamen an Grundwerten vermitteln kann. Damit trägt er entscheidend zur Selbstdefinition der Magdeburger CDU bei. Weiterhin gehört er, wie sein Sohn, dem CDA-Landesvorstand an.

Thomas Schwenke ist bereits auf dem Weg seinen familiären Vorbildern zu folgen. Der angehende Abiturient ist bereits aktives Mitglied in der Jungen Union Magdeburg und seit kurzem auch in der CDU. Wie sein Großvater nimmt er kirchliche Ehrenämter in seiner Heimatgemeinde St. Maria Hilf wahr. Es bleibt zu wünschen das sich weitere Familien, diesem Beispiel folgend, generationsübergreifend in der CDU und im Ehrenamt allgemein engagieren.

*Reinhard Gurcke
Fraktionsgeschäftsführer*

harzdruckerei
wernigerode

BEEINDRUCKEN

max-planck-straße	12/14
38855 wernigerode	
fon	0 39 43/54 24 - 0
fax	0 39 43/54 24 - 99
mail	info@harzdruck.de
net	www.harzdruck.de

vom FASS

Vom Fass • Toralf Sonntag
Breiter Weg 214 • 39104 Magdeburg
Tel. 0391 5313140
E-Mail: vomfass@gmx.de

Offenes und ernsthaftes Bemühen um die Gunst unserer Kunden, vor allem durch individuelle Beratung, die zu einer sehr persönlichen und kreativen Nutzung unserer Produkte führt, bis hin zu einem freundschaftlichen, regen Austausch von Erfahrungen und Anregungen - das ist unsere Philosophie.

Inzwischen kennen wir die Wünsche unserer Kunden genau. Wir arbeiten sogar Menüvorschläge zu besonderen Anlässen aus wie Familienfeste, Partys, Weihnachten, Ostern, Sommerfeste und vieles mehr. Ehrlichkeit und Offenheit, Engagement und Herzlichkeit zusammen mit der Qualität unserer Produkte sind die Faktoren unseres Erfolgs. All das schafft Vertrauen.

Wir freuen uns auf Sie.



Bilder eines gelungenen Abends

CDU-Ball

am 24. Oktober 2003
im Ramada-Treff Hotel



CDU Kreisgeschäftsstelle und Abgeordnetenbüros mit neuen Telefon- und Faxnummern

Hegelstraße 23, 39104 Magdeburg

Kreisgeschäftsführerin Telefon: 0391 2549812
Gisela Luding Fax: 0391 2549810
 cdu@magdeburg.de

Abgeordnete:

Gerhard Ruden, MdL Telefon: 0391 2549811
 Fax: 0391 2549820
 Mitarbeiterin: Doris Memmler ruden@cdu.magdeburg.de

Jürgen Scharf, MdL Telefon: 0391 2549813
 Fax: 0391 2549820
 Mitarbeiterin: Bärbel Nether scharf@cdu.magdeburg.de

Wigbert Schwenke, MdL Telefon: 0391 2549815
 Fax: 0391 2549820
 Mitarbeiter: Michael Otto schwenke@cdu.magdeburg.de

Dieter Steinecke, MdL Telefon: 0391 2549823
 Fax: 0391 2549820
 Mitarbeiter: Thomas Nawrath steinecke@cdu.magdeburg.de

Eva-Maria Wybrands, MdL Telefon: 0391 2549814
 Fax: 0391 2549820
 Mitarbeiterin: Monika Schoeps wybrands@cdu.magdeburg.de

Bernd Heynemann, MdB Telefon: 0391 2549816
 Fax: 0391 2549820
 Mitarbeiter: Gerhard Häusler heyemann@cdu.magdeburg.de

Unser Fertigungsprogramm:

- ◆ Anlagen für Schüttguttransport
- ◆ Gurtbandförderer
- ◆ Wellkantenförderer
- Projektierung, Konstruktion, Fertigung und Montage
- ◆ Elektrohydraulische Hubarbeitsbühnen

Unser Serviceprogramm:

- ◆ Vermietung von Gurtbandförderern Länge 3-15 Meter, mit und ohne Fahrgestell
- ◆ Reparatur und UVV-Prüfung (n. VBG 14) von Hubarbeitsbühnen
- ◆ Lohnfertigung (Plasmaschneiden, Biegen, Schweißen, mechanische Bearbeitung)

ABP



MASCHINENBAU GMBH

Nonnenwerder 9, 39126 Magdeburg

Telefon: 0391 244540

Telefax: 0391 2445422

www.abp-maschinenbau.de

RAMADA HOTEL MAGDEBURG ehemals TREFF Hansa Hotel Magdeburg

Der Besitzer hat nicht gewechselt...

Werte Leserinnen und Leser des Elbkuriers,

der Besitzer hat nicht gewechselt, lediglich sind wir Kooperationspartner mit Ramada Internat. Hotel & Resorts, einer Tochtergesellschaft von Marriott International mit Sitz in Washington DC. Jetzt hat Magdeburg mit dem einstigen TREFF Hansa Hotel ein RAMADA Hotel internationalen Standards. Damit gehört das RAMADA HOTEL MAGDEBURG zu einer mit 2.200 Hotels & Resorts weltweit größten Hotelgruppe, der Marriott International. RAMADA, was aus dem Spanischen übersetzt soviel bedeutet wie „Ein schattiger Platz am Rande des Weges“, wird in nächster Zeit Unterstützung bei der Ergänzung unserer Service- und Angebotspalette geben. So werden wir auch in Zukunft für Sie da sein - mit einem Service in neuer Qualität.

RAMADA HOTEL MAGDEBURG

Hansapark 2 · 39116 Magdeburg · Tel. (03 91) 63 63-0 · Fax (03 91) 63 63-550

E-Mail: magdeburg@ramada-treff.de · www.ramada-treff.de



RAMADA

EVERYTHING EXCEPT EXCESS!™

Martin Hohmann - Rechtsextremist oder Stimme aus der Volksseele?

Als Volkspartei kann es sich die CDU nicht leicht machen - sie muss dem politischen Sachverstand, dem gesunden Menschenverstand als auch dem "Volksempfinden" eine Stimme geben. Mit Martin Hohmann hatte die CDU einen Bundestagsabgeordneten in ihren Reihen, mit dem sie bei Wahlen punktete und damit fest im Volk verankert war. Wie es heißt, hatte Herr Hohmann in der Vergangenheit keinen Hehl aus seiner Überzeugung gemacht: Die in deutscher Verantwortung begangenen Menschenrechtsverbrechen des 20. Jahrhunderts sollten nicht auf Dauer Gegenstand politischer Bußfertigkeit sein. Schließlich sei das deutsche Volk zu Sühne und Versöhnung bereit und hat dies seit Ende des Zweiten Weltkrieges unter Beweis gestellt. Gerechtigkeit für Deutschland hieß die Rede, die Herr Hohmann anlässlich des Tages der deutschen Einheit hielt. "Wir Deutsche sind für Gerechtigkeit und möchten aber auch gerecht behandelt werden" lautet einer der markigen Sätze Hohmanns. Soweit und so gut. Jeder, der sich mit der deutschen Vergangenheit beschäftigt hat weiß, dass beim Thema Gerechtigkeit zwischen den Völkern wir Deutschen unsere Erfahrungen aus den ungerechten Strukturen zweier Diktaturen einbringen müssen. Das heißt, nachdem wir in den letzten 50 Jahren alle Anstrengungen

für eine moralische und materielle Wiedergutmachung der Verbrechen unter der Ägide des Nationalsozialismus unternommen haben, haben wir Deutschen wieder einen geachteten Platz in der Völkergemeinschaft. Zu diesen Anstrengungen gehört auch heute noch jede Form des Erinnerns und Mahnens an das perfide System der Menschenvernichtung auf deutschem Boden. Dieses Erinnern ist schließlich zum wichtigen Maßstab für Gerechtigkeit und Menschlichkeit unseres persönlichen und staatlichen Handelns geworden. Niemand auf der Welt wird uns dieses Erinnern einreden oder streitig machen können. Ob wir in diesem Zusammenhang ein Zuviel oder ein Zuwenig an Erinnerungskultur pflegen, kann nicht Gegenstand einer irgendwie gearteten Aufrechung und von außen gepredigten Moral sein. Allein die Notwendigkeit, mit welchem geschichtlichen Rüstzeug und welcher Bewusstseinsbildung wir Deutschen unseren geradlinigen Weg in die europäische Wertegemeinschaft fortsetzen müssen, kann Maßstab für unser Erinnern sein. Aber dieses geschichtliche Rüstzeug, diese wichtigen Lehren aus unserer Geschichte dürfen wir nicht am Unrecht anderer Staaten und Völker relativieren, um es danach mit dem globalen Unrecht des 20. Jahrhunderts einzuebnen. Und eben dieser Logik folgte Hohmann

in seiner Rede: Er relativierte die Verbrechen des Nazi-Regimes durch Auflistung von Verbrechen beim Aufbau Sowjet-Russland reduzierte die Verantwortung dafür auf Einzeltäter. Es gehört schon eine gehörige Portion Ignoranz dazu, wenn die Verantwortung des eigenen Volkes durch Vergleich mit den Untaten eines anderen Volk klein geredet wird. Herr Hohmann wollte mit seiner Argumentation den Makel des "Tätervolkes" bekämpfen und dem deutschen Volk endlich Gerechtigkeit verschaffen. Wer auch immer dem deutschen Volk das Attribut eines "Tätervolkes" anhängt - die krause Logik eines Herrn Hohmann aus Hessen ist die denkbar schlechteste, um den Deutschen in der Welt Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. Wir müssen uns immer wieder unserer Geschichte stellen, und zwar ohne Abstriche und Relativierungen - erst dann sind wir vor weiteren nationalen Tragödien gefeit. Das heißt nicht, dass unqualifizierte Schuldzuweisungen nicht auch qualifiziert zurückgewiesen werden müssen. Schließlich können wir Deutsche auf unsere Form der Bewältigung unserer Vergangenheit auch stolz sein. Eine Vergangenheitsbewältigung des Herrn Hohmann führt in die falsche Richtung und hat in der CDU nichts zu suchen.

Gerhard Ruden, MdL

Wann zieht Bundeskanzler Schröder endlich die Reißleine in Sachen Maut?

Bernd Heynemann, MdB:

"Respekt, die Industrie hat die erforderlichen personellen Konsequenzen aus dem Mautdesaster gezogen. Nun ist Bundeskanzler Schröder am Zuge, denn sein Bundesminister Stolpe trägt die volle politische Verantwortung für das Mautdesaster in Deutschland. Das politische Wirken Stolpes in Sachen Maut ist geprägt durch Missmanagement, Vereinbarungen zu Lasten des Steuerzahlers, mangelndes Controlling gegenüber der Industrie sowie massive Fehler im Umgang mit Brüssel. Dies reiht sich ein in eine Kette von Misserfolgen im Umgang mit Großprojekten, die er in der Vergangenheit als brandenburgischer Ministerpräsident förmlich in den märkischen Sand gesetzt hat. Die Folgen aus dem Mautdesaster sind für den Bundeshaushalt katastrophal. Die im Bundeshaushalt aufgeführten 39 Straßenbauprojekte sind massiv gefährdet. Nun ist der Bundeskanzler aufgefordert, endlich die personellen Konsequenzen in seinem Kabinett zu ziehen und Minister Stolpe aus dem Amt zu entlassen."

Kommunalpolitische Vereinigung in Magdeburg gegründet

Die kommunalpolitische Vereinigung hat in der konstituierenden Versammlung mit der Vorstandswahl den Grundstock für ihre aktive kommunale Arbeit in der Landeshauptstadt gesetzt. Zum Vorstand gehören:

Vorsitzender Herbert Becker
Stellv. Vors. Hubert Salzborn,
Schatzmeisterin Sylke Gebert,
Beisitzerin Silke Buschmann,
Beisitzerin Anne-Marie Keding
Beisitzer Michael Otto,
Beisitzerin Anja Sauer

Wir stellen uns den Themen in der Landeshauptstadt, wir planen Veranstaltungen mit Rederecht. Themen werden sein:

- Einrichtungen der Daseinsvorsorge, Möglichkeiten und Angebote
- Stadtteilzentren oder ein Stadtzentrum
- Verwaltung - Einsparungen, Qualifizierung, Personallöhne
- Schulen und Kindertagesstätten - Möglichkeiten
- Stadtumbau
- Sparauftrag - Möglichkeiten, Grenzen.

Inzwischen sind bereits zwei Veranstaltungen erfolgreich durchgeführt und fanden interessierte Teilnehmer:

Gemeinsam mit der Landes - kpv hat die kpv Magdeburg die Bundestagsabgeordnete, Frau Anne-

Marie Dött zum Thema "Wirtschaftliche Betätigung der Kommunen" am 05. November eingeladen. Das Thema Stadtumbau mit seinen Auswirkungen auf Schulentwick-

lung ist am 13. November diskutiert worden. Wir werden darüber berichten.

Herbert Becker

